

Wir haben kein Verständnis

Der Vertreter des Hotel- und Gaststättengewerbes hat vorab schon einmal um Verständnis, dass seine Branche die Mehrwertsteuersenkung nicht an die Kundschaft weitergeben werde. In der Nordsee-Zeitung vom 26. Juni ist nachzulesen, wie man diesen Teil des Konjunkturpaketes einschätzt, nämlich als „elegante Lösung“, die Unternehmen zu unterstützen. Auch wenn die Senkung von Seiten der Politik als Kaufanreiz „vermarktet“ worden sei. An diesem kleinen Beispiel wird der Richtungswechsel in der Behandlung der Folgen der Viruspanemie deutlich. Bevollmächtigte verschiedener Wirtschaftsbereiche überbieten sich in der Darstellung, wie sehr gerade ihr Sektor gelitten habe. Man erwarte umfassende Hilfe, der Staat habe schließlich die Einschränkungen veranlasst – und müsse nun auch zahlen. Nur: Von den ehemaligen systemrelevanten Held*innen ist nur noch selten die Rede. Und ihre Tätigkeitsfelder, Gesundheit, Pflege oder Bildung, stehen nur noch selten im Mittelpunkt der Berichterstattung. Es sei denn, man möchte im Namen der Digitalisierung einige Paletten mit Endgeräten verscheuern.

Natürlich kann ein „Fleischbaron“ wenig ausrichten, wenn „seine“ Fußballmannschaft erst einmal auf dem Platz steht, schlecht spielt und 16 mal hintereinander nicht gewinnt. Aber für die Arbeitsbedingungen in seinen Fabriken ist er verantwortlich, wenn diese nun ans Licht der Welt kommen. Ebenso das Gaststättengewerbe. Warum wurden denn Mindestlöhne eingeführt – gegen vielfältige Widerstände?

Arbeitsbedingungen und Systemrelevanz sind auch die Stichworte für unser Bildungssystem. **Marlis Tepe**, die Bundesvorsitzende der GEW, hat in einem Papier für den Koordinierungsvorstand darauf hingewiesen, wie nötig höhere Bildungsausgaben sind und diese erneut begründet. Im Rahmen eines vom DGB geforderten Programms für den öffentlichen Sektor sprechen wir von 660 Mrd. € in 10 Jahren. Bildungsausgaben, so betont sie, sind als „Investitionen in eine nachhaltige, sozial gerechte und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft“ anzusehen. Dies betreffe selbstverständlich auch die Überwindung des Personalmangels und die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Dabei verkennt sie nicht die besonderen Herausforderun-

gen durch finanziell weniger handlungsfähige Bundesländer und Kommunen.

Zurück nach Bremerhaven

Zu den im Ausblick unseres letzten Infos angesprochenen Sachverhalten wissen wir wenig Neues. Der Anteil der Lehrkräfte, der aktuell zur Risikogruppe zählt, ist zwischenzeitlich auf 17,5% präzisiert worden. Die Ergebnisse der Abiturarbeiten in Mathematik wurden um zwei Punkte angehoben. Hinsichtlich der Mittleren Abschlüsse und der Berufsbildungsreifen hören wir von schlechteren Resultaten, wiederum in Mathematik, zum Teil auch in Englisch, und von gesunkenen Durchschnittsnoten in den schriftlichen Arbeiten. Das mag sich in den mündlichen Prüfungen noch korrigieren lassen. Dennoch galt das Versprechen der Senatorin, dass keine Schülerin und kein Schüler Nachteile durch zentrale Abschlussprüfungen aus der Situation erfahren soll. Dieses Versprechen wurde in der Woche der Abschlusszeugnisausgabe noch eingelöst. Die Note der Prüfungsleistung ist um eine Note anzuheben, wenn diese mehr als eine Note von der Vornote in diesem Fach nach unten abweicht. Über den Sinn der diesjährigen zentralen Abschlussprüfung wird dabei nicht mehr diskutiert.

Was folgt aber daraus für das nächste Schuljahr? Die Kultusminister*innen orientieren bundesweit auf Präsenzunterricht, der Dezernent setzt in Bremerhaven bislang seinen umsichtigen Weg fort. Eine der wichtigsten „Variablen“ in diesem Zusammenhang ist zu diesem Zeitpunkt nicht einschätzbar: Wie viele Kolleg*innen werden im neuen Schuljahr den Risikostatus beanspruchen, wie viele werden neu in Bremerhaven im Schuldienst beginnen und wie viele Wechsel in ein anderes Bundesland wird die Stadt tatsächlich zu verkraften haben? Auf alle Fälle werden die Kollegien Zeit benötigen, um die Schularbeit unter erneut veränderten Bedingungen zu ordnen. Die subtil vermittelte Nachricht, man könne irgendwie an die Situation im Februar 2020 anknüpfen, entspricht nicht der Wirklichkeit.

Ganz im Geiste der zu Beginn geschilderten Diskussion ahnt man schon, dass eine inhaltlich verengte Pädagogik verhindert werden muss. „Aufholen“ könnte es aus Ministerien und in Kommentaren, Jugendliche bräuchten zusätzliche Lernzeiten in Mathematik und Deutsch – unter Nutzung der Ferien. Da kann man so ganz nebenbei einen Seitenhieb gut platzieren, indem man Pädagog*innen, mal mehr, mal weniger direkt, unterstellt, die Coronawochen als Zusatzferien begangen zu haben.

Nur: Schule bleibt in unserem Verständnis mehr als eine Veranstaltung mit Kernfächern im Frontalunterricht. Soziales Lernen, Verarbeitung der Corona-Erfahrungen und mitbestimmte Projekte könnten den „neuen Alltag“ bestimmen, sinnvolle digitale Lernformate diesen unterstützen. Mindestens letztere müssen jedoch gelehrt und gelernt werden.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Die angekündigte Rückkehr in den Präsenzunterricht in ganzen Klassen ohne Wahrung der Abstandsregeln für die Schüler*innen bei Aufrechterhaltung derselben zwischen Lehrkraft und Kindern verweist gerade in den Grundschulen auf ein besonderes Problem. Zu Beginn des noch laufenden Schuljahres haben die Kinder erst gelernt bzw. wurden darin bekräftigt, gemeinsam zu arbeiten, auf den Partner zu achten und sich gegenseitig zu unterstützen.

Dann kam – notgedrungen und notwendigerweise – die Abstandsregel und damit ein grundlegender Einschnitt in die Lebenswirklichkeit dieser jungen Menschen. Was bislang richtig war, galt nun nicht mehr.

Kinder agieren in besonderem Maße taktil, das Lernen mit allen Sinnen ist ein ernst zu nehmendes Prinzip. Im wahrsten Sinne des Wortes **begreifen**, **verstehen** oder **erfassen** die Kinder verschiedene Gegenstände, erproben sich in ihren sozialen Beziehungen sehr direkt. Die Aneignung der Welt ist unmittelbar mit Körpererfahrung und Bewegung verbunden.

Diese Lebens- und Erfahrungswelt wurde den Kindern in einem großen Maße entzogen. Mit Geduld, Mühe und Erklärungen wurden ihnen die Maßnahmen verständlich gemacht. Das hat Kraft gekostet, aber Einsicht, so die Überzeugung aller Beteiligten, wird helfen und hat geholfen.

Nach den Sommerferien nun soll sich die Rangfolge der Wichtigkeiten ändern. Nicht die Abstandsregel hat mehr Priorität, sondern die Tatsache, dass alle Kinder und Jugendlichen wieder die Schule besuchen. Aber das Virus ist nicht aus der Welt! Einen verlässlichen Schutz hat auch noch niemand erfunden. Wie wollen die Erwachsenen diese Wende nun begründen? Welche „Nachhaltigkeit“ bewirkt das bei den Kindern in Sachen Glaubwürdigkeit?

Es geht nicht nur um Corona!

Neben den aktuellen Forschungen ruhen die Langzeiterfassungen glücklicherweise nicht. Im Mai 2020 gab die Autorengruppe Bildungsberichterstattung

den Report „Bildung in Deutschland 2020“ auf gut 300 Seiten heraus. Der Berichtszeitraum wertet weitgehend Daten bis 2018 aus, diese waren damit noch nicht von Corona geprägt. Einige ausgewählte Ergebnisse aus den Abschnitten zu schulischer Bildung:

- Die Disparitäten zwischen formal gering und hoch Qualifizierten stehen in Deutschland weiterhin in enger Verbindung mit sozialen und regionalen Ungleichheiten. Je nach sozioökonomischer, migrationspezifischer und regionaler Zugehörigkeit variieren die Teilhabechancen an Bildung erheblich. Die Risikolagen der unter 18-Jährigen im Bundesland Bremen weisen dabei Höchstwerte in allen drei Bereichen im Vergleich mit anderen Bundesländern auf (20% soziale Risikolage, 24% bildungsbezogene, 35% finanzielle, vergl. S. 43).
- Hinsichtlich des lange Jahre ermittelten Trends zu höherer Bildungsbeteiligung ist eine Grenze erreicht: Festgestellt wurden rückläufige Abschlussquoten bei mittlerem Abschluss und Hochschulreife (vergl. S. 143) sowie steigender Quote bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss, bundesweit von 5,7% (2013) auf 6,8% (2018). Das Land Bremen weist 2018 mit 9,1% erneut eine überdurchschnittliche Quote aus (vergl. S. 144).
- Bei der beruflichen Bildung thematisiert der Bericht insbesondere „Passungsprobleme“, und zwar insbesondere zwischen Berufsangebot und Berufsinteresse der Jugendlichen, noch deutlicher allerdings zwischen Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen und Anforderungen der Betriebe bzw. den Erwartungen der Jugendlichen an Ausbildungsbedingungen und vorgefundenen betrieblichen Gegebenheiten. Der Anteil der Personen im Alter zwischen 30 und 35 Jahren ohne beruflichen Bildungsabschluss ist in Bremen mit 28% der höchste aller Bundesländer (vergl. S. 71).

Zuversicht!

Wenn wir davon ausgehen, dass das System Bildung für diese Gesellschaft relevant ist, so sollte man die Augen vor den fortdauernden, strukturellen, damit systemimmanenten Fehlern nicht verschließen,

auch wenn sie sich mit „Corona-Zuschlag“ noch verschärfen.

Die GEW in Bremen und Bremerhaven hat eine Petition gestartet, die eine Balance von schulischen Bildungsansprüchen der Kinder und Jugendlichen und dem Gesundheitsschutz aller einfordert. Sie hat in der Vergangenheit wichtige Erfolge bei der Kampagne für gleichen Lohn aller Lehrkräfte erzielt; „A 13 für alle“ tritt am 1.08.20 in die zweite Stufe ein.

Mit diesem Link geht es zur Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/weniger-ist-mehr-deshalb-jetzt-aus-corona-lernen-kleinere-lerngruppen-fuer-bessere-lernerfolge>

Fortlaufend wird auch zukünftig die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Verteilung der Finanzmittel geführt. Unter der Rubrik „Zentrale Herausforderungen“ greift der Bildungsbericht das von Corona unabhängige Desaster mangelnder Personalvorsorge auf. Die brisante Feststellung, in der Bundesrepublik zeichne sich in nahezu allen Bildungsbereichen ein großer altersbedingter Ersatzbedarf sowie mittelfristig ein deutlich steigender Zusatzbedarf wegen der Geburtenentwicklung ab (vergl. S. 23), hat Folgen. Die Gewinnung neuer Kolleg*innen wird weiterhin ohne Attraktivitätssteigerung pädagogischer Berufe nicht gelingen. Diese werden Geld kosten.

Nur: Fleischbarone und Gaststättenbetreiber sind schon längst in Position. Die Beschäftigten im Bildungsbereich sollten sich nicht in vornehmer Zurückhaltung üben. Zuversicht gewinnt man vornehmlich in der aktiven Beteiligung an der politischen Auseinandersetzung – am besten in der GEW.

...Und wie geht es für uns jetzt weiter?

Um es kurz zu machen: Das wissen wir nicht. Wir wissen weder wie es mit den Infektionszahlen weitergehen noch welche Reaktion darauf erfolgen wird. Derzeit ist angedacht, dass die Schulen nach den Sommerferien im „Normalbetrieb“ funktionieren und dabei noch einzelne der bekannten Hygieneschutzmaßnahmen einhalten sollen. Was das genau bedeutet bzw. für Auswirkungen haben wird, bleibt weiter mehr als unsicher. Klar ist, dass die Kolleg*innen ein Recht auf Unversehrtheit haben und die Sicherheit für alle an Schule Beschäftigten gewährleistet sein muss! Dieses beinhaltet ebenso

das Einhalten geltender Arbeitsschutzgesetze wie das Ernstnehmen der Ängste der Kolleg*innen. Wenn die Vorausschau schon so schwerfällt, wie steht es dann mit der Rückschau auf die letzten Monate? Was bleibt vom rasanten Hochfahren des digitalen Fernunterrichts aufgrund des gleichzeitigen Runterfahrens des Präsenzunterrichts? Was bleibt von den Massen an Info-Mails auf itslearning und von den vielfältigen Erfahrungen und Eindrücken während dieser Zeit?

Bei uns bleiben da vor allem eine Menge offene Fragen:

- Wir haben gesehen, dass vieles auf Seiten der Politik auch kurzfristig durch- und umgesetzt werden kann, wenn dieses wirklich gewollt ist. Wieso ist der Bildungsbereich dann nach wie vor unterfinanziert, wenn er doch von der Politik angeblich als so wichtig angesehen wird?
- Was ist der Unterschied zwischen digitalem Lernen und Lernen in einer digitalen Welt?
- Ist eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten wirklich die Lösung oder sollten wir noch mal ganz neu nachdenken über die richtige Antwort der Schulen auf die Digitalisierung der Gesellschaft?
- Was heißt es, wenn vielfach gute Erfahrungen mit kleineren Lerngruppen gemacht werden, uns aber gleichzeitig in der derzeitigen Form des Unterrichts sämtliche sozialen und kooperativen Lernformen verloren gehen?
- Welche Bedeutung hat Schule als Schutzraum, natürlich auch für die an Schule Arbeitenden, und welche Schritte unternimmt Politik, damit dieser Raum gestaltet werden kann?
- Wie steht es mit dem Gesundheitsschutz der an Schule Beschäftigten?
- Ist es wirklich der richtige Weg, wenn Schule den Großteil von dem ausgleichen und auffangen soll, was in der Gesellschaft derzeit verloren geht oder falsch läuft?

Vielleicht sollten wir nicht darauf warten, dass uns unsere Fragen von *irgendjemandem* beantwortet werden, sondern uns darüber bewusstwerden, dass

wir die Expert*innen sind und unser Handeln direkte Folgen hat.

Wir müssen uns gemeinsam darüber klarwerden, was notwendig ist, um zu einer Normalität zurückzukehren, die es auch wert ist, eine dauerhafte Normalität zu werden.

Was macht für uns Qualität von Bildung aus? Das ist keine neue Frage aber gegenwärtig eine hoch brisante!

Der von unserem kürzlich verstorbenen Mitglied Horst von Hassel gerne zitierte Artikel 26 der Bremischen Landesverfassung gibt uns klare Orientierung, ist hierbei so aktuell und wichtig wie eh und je!

Worum geht es da noch mal? – Es geht um die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung basierend auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen, dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung, um Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber Meinungen anderer Menschen und Völker. Um die Erziehung zum eigenen Denken, zur Achtung vor der Wahrheit, zum Mut sie zu bekennen und das als richtig und notwendig Erkannte zu tun.

Genau das gilt es aus unserer Sicht nach den Ferien anzugehen. Das Coronavirus können wir nicht verschwinden lassen, aber wir können als diejenigen, die Schule als multiprofessionelles Team vor Ort gestalten, **selber** denken was Schule und Bildung für uns ausmachen. Wir können uns über diese Wahrheit auseinandersetzen und bestenfalls einigen, um schließlich den Mut aufzubringen, das als richtig und notwendig Erkannte zu tun und dieses auch zu versuchen durchzusetzen!

...und dafür lasst uns jetzt alle erstmal die wohlverdienten Ferien genießen!

Wir wünschen euch eine möglichst sonnige und erholsame Zeit und bedanken uns für eure tatkräftige Unterstützung im vergangenen Schuljahr,

euer Stadtverbandsvorstand